

## Vorwärts zurück

### Zur Strukturreform im Justizministerium

Ein Kommentar von Irmgard Griss

30. Mai 2020



***Als ehemalige Richterin berührt es mich immer ganz besonders, wenn Vorkommnisse in der Justiz Schlagzeilen machen. So wie diese Woche die Entscheidung der Justizministerin, zwei Sektionen des Justizministeriums wieder zu trennen: die Sektion Einzelstrafsachen und die Sektion Legistik. Die Sektionen waren bis 2010 getrennt; nur in den letzten 10 Jahren unterstanden beide Bereiche ein und demselben Sektionschef.***

In den Medien wird von der „Entmachtung“ des Sektionschefs geschrieben. So als gäbe es keine sachlichen Gründe für die Trennung. Diese Gründe aber gibt es. Schon bei der Zusammenlegung der beiden

Sektionen wurden massive Bedenken geäußert.

Der Chef der Legistik im Justizministerium muss zwangsläufig Kontakt mit der Politik haben. Er ist ja dafür verantwortlich, dass Gesetzesvorschläge ausgearbeitet werden, etwa im Zivilrecht oder im Strafrecht. Aufgabe der Legisten ist es, das politisch Gewollte in Worte zu fassen. Dabei soll das Gesetz den politischen Willen wiedergeben und auch so angewendet werden können, dass der gewünschte Erfolg eintritt.

Hingegen muss der Chef der Abteilung für Einzelstrafsachen – diese Abteilung ist für Weisungen in staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren zuständig - jeden Kontakt vermeiden, der den Anschein erwecken könnte, manche seien gleicher als gleich, hätten als Beschuldigte die besseren Karten, weil sie auch die besseren Verbindungen haben. Besonders heikel ist es, wenn es sich um Beschuldigte aus der Politik oder mit Verbindungen in die Politik handelt.

Es liegt daher auf der Hand, dass es nicht gut sein kann, wenn ein und dieselbe Person sowohl für die Legistik als auch für Einzelstrafsachen zuständig ist. Diesen Missstand zu beheben, war längst überfällig. Leider geht in der Berichterstattung unter, dass es ein Missstand war, der ganz unabhängig davon bestand, um wen es sich beim Sektionschef handelt. Das ist umso bedauerlicher, als die Personalisierung des Problems das Vertrauen in die Justiz erschüttert, ja erschüttern muss. Vertrauen ist für die Justiz aber unabdingbar. Denn die Justiz kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn ihr vertraut wird.

**Irmgard Griss** war Präsidentin des Obersten Gerichtshofs und Abgeordnete der NEOS zum Nationalrat.